

## Niederschrift

über die 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.04.2019  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1</b> <b>Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2</b> <b>Änderung Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020 Vorlage: FB2/0925/2019</b> .....	4
<b>3</b> <b>Übertragung der Trägerschaft für die 6-gruppige Kindertageseinrichtung am "Schweinheimer Kirchweg" in Meerbusch-Osterath - die Vorlage wird nachgereicht Vorlage: FB2/0924/2019</b> .....	5
<b>4</b> <b>Anträge</b> .....	9
<b>5</b> <b>Anfragen</b> .....	9
<b>6</b> <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	9
<b>7</b> <b>Termin der nächsten Sitzung: 25. Juni 2019</b> .....	9
<b>8</b> <b>Verschiedenes</b> .....	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Dieter Lerch

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Jürgen Eimer zu  
TOP 3 von 17.50 Uhr bis 18.30 Uhr

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Peter Schmitz Agentur für Arbeit

**In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen**

Frau Monika Driesel Sachkundige Bürgerin

**Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind**

Frau Brigitte Scheer Freie Vereinigungen

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Herr Christian Bößen Sachkundiger Bürger

Frau Sigrid Brennecke NABU

Herr Dr. Andreas Drexler Jugendverbände

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

**Integrationsrat**

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vertretung für Frau Ingrid Maas

**Beratende Mitglieder**

Frau Martina Ketzer Evangelische Kirchengemeinde

Frau Julia Lung Katholische Kirchengemeinden

Herr Bernd Zimmerling Polizeibehörde

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
Frau Rosalia Helbig	Fachbereich 2
Frau Birgit Smitmans	Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Angela Römmler-Graf	Fachbereich 2
--------------------------	---------------

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
-------------------	--------------

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Herr Markus Lange	BDKJ
-------------------	------

**Beratende Mitglieder**

Herr Frank Bachmann	Untere Schulaufsichtsbehörde	
Herr Hans-Jürgen Barbarino	Stadtjugendring	
Herr Dr. Andreas Doll	Jugendamtselternbeirat	
Frau Ingrid Maas	Integrationsrat	vertreten durch Frau Marlis Docktor
Herr Ulrich Steeger	Familiengericht	

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sodann wird aufgrund des - als Grundlage für TOP 3 – maßgeblichen Beschlusses zu TOP 9 einvernehmlich mit dem nichtöffentlichen Teil begonnen.

Zur Tagesordnung hinterfragt Ratsherr Fliege den Beschlussvorschlag in der Verwaltungsvorlage zu TOP 3 und plädiert für eine getrennte Abstimmung zu den vorgeschlagenen Trägerschaften. Dem wird nach kurzer Diskussion einvernehmlich entsprochen. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 3.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

■■■■■, Elternratsvorsitzender der städtischen Kindertageseinrichtung „Rasselbande“ bittet um die Gelegenheit, Fragen in Zusammenhang mit der Kindergartenbedarfsplanung stellen zu können. Nach kurzer Abstimmung im Ausschuss erhält Herr Koch Rederecht trotz des Bezuges zur Tagesordnung der aktuellen Sitzung. Ratsherr Wartchow regt in diesem Zusammenhang eine baldige Änderung dieser Regelung an.

1. ■■■■■ bezieht sich auf den Beschlussvorschlag zu TOP 2, wonach der Kita „Rasselbande“ 15 weitere Kinder zugewiesen würden. Da die Planzahlen weiterhin unversorgte Kinder aufzeigten, die Überbelegungen jedoch für die Gruppen und die einzelnen Kinder eine Belastung bedeuteten, bitte er um Auskunft, ob die Provisorien mit der Zeit zum Status Quo würden.
2. ■■■■■ bittet darum, das tägliche Prozedere in den Kitas in die Planungen einzubeziehen. In der Kita „Rasselbande“ habe die zusätzliche 6. Gruppe in der 5-gruppigen Einrichtung zur Folge, dass die Gruppenabläufe gestört würden, Elterngespräche deutlich erschwert seien und die Kinder mehr Unruhe erführen als im geordneten Regelbetrieb.
3. Hinsichtlich der Gestaltung der Trägerlandschaft bittet ■■■■■, neben den rechnerischen Größen auch die Elternwünsche zu berücksichtigen. So biete z.B. der Träger Kinderzentren Kunterbunt flexiblere Öffnungszeiten. Hier könnte die Stadt den Eltern deren Wunsch nach erweiterten Öffnungszeiten für einen relativ geringen finanziellen Mehraufwand von ca. 5.000 € erfüllen.

Fachbereichsleiter Annacker verweist auf die folgenden Beratungen zu TOP 2 und TOP 3.

### 2 **Änderung Kindertagesstättenbedarfsplanung 2019/2020** Vorlage: FB2/0925/2019

#### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Verteilung der Kita-Plätze der beiden zusätzlichen Gruppen in Osterath auf die Kita „St. Nikolaus“ (10 Plätze), Kita „Himmelszelt“ (15 Plätze) und Kita „Rasselbande“ (15 Plätze).
2. Die Stadt Meerbusch übernimmt den Trägeranteil an den Kindpauschalen für die umverteilten Kita-Plätze.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz erläutert eingangs, dass es sich vorliegend um eine Folgevorlage zu der am 27.02.2019 beschlossenen Kindertagesstättenbedarfsplanung handele. Zum damaligen Zeitpunkt sei noch keine verbindliche Aussage zur Deckung der zusätzlichen Bedarfe im Ortsteil Osterath möglich gewesen. Die Ergebnisse der zwischenzeitlich mit den Trägern geführten Gespräche seien im Beschlussvorschlag dargelegt.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass mit allen in Osterath ansässigen Trägern gesprochen worden und dabei Ziel gewesen sei, dass die Erhöhung der Kinderzahl auf Basis der konzeptionellen Ausrichtung für die Einrichtung leistbar bleibe. Ausdrücklich sollten keine zusätzlichen Gruppen eingerichtet werden, da die Hoffnung bestehe, dass diese Überbelegung nach nur wenigen Monaten mit einer frühzeitigen Inbetriebnahme der neuen 6-gruppigen Einrichtung in Osterath beenden zu können. Lediglich die kath. Einrichtung „St. Nikolaus“ beabsichtige die zusätzlichen 10 Plätze erst zum nächsten Kindergartenjahr wieder abzubauen.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Neuhausen bestätigt Fachbereichsleiter Annacker, dass für die in den beiden anderen Einrichtungen betreuten zusätzlichen 30 Kinder Plätze in der neuen Einrichtung gesichert seien. Zudem könnten die bisher nicht versorgten Kinder – nach aktueller Rückmeldung der Eltern 36 Kinder im Ortsteil Osterath - aufgenommen werden.

Rats Herr Neuhausen resümiert, dass damit in Osterath zu gegebener Zeit alle 3 Ziele erreicht sein könnten: die Provisorien würden aufgegeben, die Überbelegungen abgebaut und Aufnahme der bisher noch unversorgten Kinder.

### **3 Übertragung der Trägerschaft für die 6-gruppige Kindertageseinrichtung am "Schweinheimer Kirchweg" in Meerbusch-Osterath - die Vorlage wird nachgereicht** Vorlage: FB2/0924/2019

#### **Beschluss 1:**

Der JHA beauftragt die Verwaltung, die Trägerschaft der neu zu errichtenden Kita am Schweinheimer Kirchweg in Meerbusch-Osterath dem OBV Meerbusch e. V. zu übertragen. Der OBV wird als Elterninitiative tätig mit einem gesetzlichen Trägeranteil von 4% an den Kindpauschalen und der anerkennungsfähigen Miete.

#### **Beschluss 2:**

Der JHA beauftragt die Verwaltung, mit dem Träger Kinderzentren Kunterbunt gGmbH als armer Träger die Übertragung der Trägerschaft einer weiteren, neu zu errichtenden Kita im Ortsteil Büberich, vorzubereiten. Der gesetzliche Trägeranteil i. H. v. 9% wird zu 6% vom Träger übernommen, der verbleibende Anteil durch die Stadt Meerbusch im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses.

**Abstimmungsergebnis zu 1:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	1	1	1
<b>Gesamt:</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>1</b>

**Abstimmungsergebnis zu 2:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2		1
<b>Gesamt:</b>	<b>12</b>		<b>1</b>

Ratsherr Eimer und sachkundige Bürgerin Funke nehmen wegen Befangenheit nicht an Beratung und Abstimmung teil. Ratsherr Eimer wird von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes vertreten.

Ratsherr Fliege hinterfragt hinsichtlich der Tagesordnung bei Sitzungsbeginn den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage und plädiert für eine getrennte Abstimmung zu den vorgeschlagenen Trägerschaften.

Erster Beigeordneter Maatz verweist zunächst auf den allseits bekannten Bedarf an zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen und den auch politischen Beschluss, schnellstmöglich die Schaffung neuer Plätze voranzutreiben. Im Interessenbekundungsverfahren zur Trägerschaft der neu geplanten Einrichtung in Osterath seien alle in Meerbusch vertretenen Träger angeschrieben worden. Drei positive Interessenbekundungen lägen vor, die sonstigen Rückmeldungen ließen den Rückschluss zu, dass ein nochmaliges Verfahren keine weiteren Interessensbekundungen erwarten lasse. Die Verknüpfung der Beschlüsse zu den anstehenden Trägerschaften sei daher aus Verwaltungssicht eine sinnvolle und zusätzlichen Aufwand vermeidende Lösung.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass diese Vorlage das Resultat des politischen Beschlusses aus 2018 sei, schnellstmöglich neue Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung zu schaffen. Nicht viele Träger seien grundsätzlich an der Übernahme neuer Trägerschaften interessiert; Fachkräftemangel, Finanzierungsprobleme etc. erschwerten die Situation insbesondere für die kleinen Träger. Im Ergebnis sehe er es positiv, dass zumindest zwei der Interessenten ganz bzw. teilweise den

Trägeranteil selber übernehmen würden. Ob diese Haltung bei einem erneuten Interessenbekundungsverfahren für eine weitere Einrichtung in Büderich noch beibehalten werde, sei ungewiss.

Ratsherr Fliege hält die Argumente für nachvollziehbar, sieht aber die Chancengleichheit für alle Träger gefährdet. Künftig solle daher für jede Trägerschaft ein separates Interessenbekundungsverfahren erfolgen. Hinsichtlich der vorliegenden Beschlussvorlage beantragt er zumindest die getrennte Abstimmung über die beiden vorgeschlagenen Trägerschaften. Der Antrag wird von Ratsfrau Glasmacher und sachkundiger Bürgerin Driesel unterstützt.

Ratsherr Neuhausen trägt vor, dass die SPD-Fraktion keine Vorbehalte habe, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in vorgelegter Form abzustimmen. Festzustellen sei, dass die Verwaltung schnell auf den politischen Auftrag reagiert habe, der Beschluss könne so gefasst werden. Wenn mehrheitlich gewünscht, gebe es aber keine Einwände gegen eine getrennte Abstimmung. Wichtig sei zur Vermeidung von weiteren Verzögerungen eine Abstimmung in der heutigen Sitzung.

Sachkundige Bürgerin Driesel betont, dass sich der Antrag lediglich auf die Verknüpfung der Beschlüsse beziehe. Keinesfalls solle eine Verzögerung der zu treffenden Beschlüsse erfolgen.

Einvernehmlich wird formal die getrennte Abstimmung über den zweiteiligen Beschlussvorschlag vereinbart.

Hinsichtlich der inhaltlichen Beratung zu TOP 3 verweist Erster Beigeordneter Maatz einleitend auf die Diskussion zur Beschlussfassung. Der Beschlussvorschlag entspreche der Auswertung des durchgeführten Interessensbekundungsverfahrens, wonach sich der OBV als der am besten geeignete Träger für die neue Kita in Osterath darstelle. Zudem würden die ausgewerteten Daten auch als geeignet angesehen, bereits jetzt über die Trägerschaft der noch zu planenden Einrichtung in Büderich zu entscheiden, die Gründe seien bereits erläutert.

Ratsherr Neuhausen hebt das schnelle Handeln der Verwaltung hervor. Mit dem OBV und den Kinderzentren Kunterbunt lägen 2 gute Vorschläge vor, die seitens der SPD-Fraktion umfänglich unterstützt würden. Beide Träger könnten von Synergieeffekten profitieren und auch hinsichtlich der Elternwünsche nach verlängerten Öffnungszeiten sei davon auszugehen, dass die Träger diese Flexibilität künftig zeigten.

Ratsherr Jörgens bittet zunächst um Erläuterung der Berechnung zu den fiskalischen Auswirkungen insbesondere hinsichtlich der Träger- bzw. Jugendamtsanteile. Frau Smitmans erläutert kurz die gesetzlichen Regelungen des KiBiz, die für Kommunen, Kirchen, sog. arme Träger und Elterninitiativen unterschiedliche Trägeranteile und damit auch unterschiedliche Jugendamtsanteile vorsehen. Letztlich verbleibe zwischen dem OBV als Elterninitiative und den Kinderzentren Kunterbunt als armer Träger eine Differenz in Höhe von 5.000 €.

Ratsherr Fliege betont zunächst, dass alle 3 Träger als gute, erfahrene und in Meerbusch ansässige Träger anerkannt seien. Der fiskalischen Bewertung zum Trotz sollte es jedoch selbstverständlich sein, den Elternwünschen zu entsprechen. Hier schnitten die Kinderzentren Kunterbunt am besten ab, die alleine die erforderliche Flexibilität hinsichtlich der Öffnungszeiten zeige – die bereits bestehende Kita „KiKu NePoMuk“ biete Öffnungszeiten von 7.00 bis 17.00 Uhr an – und gänzlich auf Schließungszeiten in den Sommerferien verzichte. Seine Fraktion spreche sich daher für den Alternativvorschlag der Verwaltung aus.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Jörgens zu den Kriterien für die Trägerauswahl, insbesondere die benannten Synergieeffekte, verweist Fachbereichsleiter Annacker im Wesentlichen auf die Möglichkeit, bei Ausfall von Personal schnell aushelfen zu können, um die Betreuung und die pädagogischen Konzepte zu sichern. Meerbusch brauche Trägerstrukturen, die den Einrichtungen diese Flexibilität ermöglichen. Dieses werde auch für den OBV mit der in Strümp ansässigen Einrichtung „Schatzinsel“ gesehen.

Ergänzend teilt Fachbereichsleiter Annacker mit, dass die Landesregierung beabsichtige, zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten Projektmittel in Höhe von 100 Mio. € bereit zu stellen mit einer Quotelung von 80/20. Dann werde die Kommune Konzepte zu erweiterten Öffnungszeiten vorlegen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes geht davon aus, dass der Elternwunsch nach erweiterten Öffnungszeiten ohnehin zunehmend in den Fokus aller Träger geraten werde. Daher sollte jetzt mit dem Beschluss, die Trägerschaft an den OBV als anerkanntem Träger zu übertragen, der Startschuss erfolgen. Sie sei sicher, dass der OBV sich als Elterninitiative an den Bedarfen ausrichten werde, zumal die Kita „Schatzinsel“ des OBV bereits Öffnungszeiten von 7.00 – 17.00 Uhr anbiete. Wenngleich sie gerne auch eine detailliertere Erläuterung der Auswahlkriterien in der Beratungsvorlage gesehen hätte, stimme sie dem Beschlussvorschlag aber grundsätzlich zu.

Sachkundige Bürgerin Driesel hält entgegen, dass zum jetzigen Zeitpunkt nur die vorliegenden Fakten Berücksichtigung finden könnten und danach biete allein Kinderzentren Kunterbunt die flexiblen Öffnungszeiten an. Jetzt sollte die Chance ergriffen werden, den Elternwünschen zu entsprechen; jeder Träger habe dann die Möglichkeit, sein Angebot zu überprüfen.

Bezüglich der Schließungsregelung ergänzt Fachbereichsleiter Annacker, dass der Gesetzgeber eine 3-wöchige Schließung ermögliche und der überwiegende Teil der Kindertageseinrichtungen in den Sommerferien von dieser Regelung Gebrauch mache. Ohne einheitliche Schließung müsse das Personal im Jahresverlauf während des laufenden Betriebes seinen Urlaub antreten, was ebenfalls mit Vor- und Nachteilen verbunden sei. Das Problem sehe er nicht in der Schließung an sich, sondern in den wandernden Ferienzeiten und den Übergängen zur OGATA-Betreuung.

Hinsichtlich der Anregung von sachkundiger Bürgerin Brennecke, die fraglichen Träger ausdrücklich nochmals nach Öffnungszeiten und Ferienschließungen zu befragen, plädiert Ratsherr Wartchow für eine schnelle Entscheidung. Die Zeit dränge, es sei intensiv diskutiert worden, die Politik habe Druck gemacht, das Interessenbekundungsverfahren sei durchgeführt. Randzeitenbetreuung sei und werde Thema bleiben und er gehe davon aus, dass gerade Elterninitiativen doch als Erste Elternwünsche aufgreifen würden. Er halte die Vorlage für abstimmungsreif, wie bereits vereinbart in 2 Abstimmungen.

Ratsfrau Glasmacher hält die Vielzahl von Doppelbetreuungen durch unzureichende Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen und ergänzende Kindertagespflege für problematisch und fordert die schnellstmögliche Umsetzung flexiblerer Betreuungszeiten.

Es folgt nochmals eine Diskussion zur Bewertung der in der Vergleichstabelle Seite 3 der Vorlage enthaltenen Formulierungen.

Ratsfrau Kox verweist letztlich auf die bisher mit beiden Trägern gelungene vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit und hält den vorliegenden Beschlussvorschlag für einen gangbaren Weg. Synergieeffekte würden ermöglicht und Trägervielfalt gewahrt. Die Berücksichtigung von Elternbedarfen halte sie für selbstverständlich.

Ratsherr Fliege plädiert weiterhin für die Kinderzentren Kunterbunt als den geeigneteren Träger.



Sodann erfolgt die Abstimmung getrennt nach Trägerschaft für die geplante Einrichtung in Osterath und in Büberich.

#### **4 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

#### **5 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **6 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Die Beschlusskontrolle ist der Einladung beigelegt.

#### **7 Termin der nächsten Sitzung: 25. Juni 2019**

#### **8 Verschiedenes**

##### **Elterninitiativen als Kita-Träger**

Ratsherr Fliege hinterfragt die Handhabung bei den als Elterninitiativen geführten Kindertageseinrichtungen, zusätzlich zum Elternbeitrag Mitgliedsbeiträge zu erheben oder Eigenleistungen der Eltern abzufragen. Seine Recherche habe gezeigt, dass zumindest in der Öffentlichkeitsarbeit auf der jeweiligen Homepage nur teilweise entsprechende Transparenz gegeben sei.

Fachbereichsleiter Annacker führt aus, dass den Eltern, die sich in aller Regel sehr bewusst für eine Elterninitiative entschieden, bekannt sei, dass dort entsprechend dem Gesamtkonzept ein zusätzliches Engagement gefordert werde. Die Träger gingen aber nach seiner Kenntnis transparent mit dem Thema um und Elterninitiativen gehörten zur geforderten Trägervielfalt dazu.

Nach intensiver Diskussion wird das Thema ohne konkretes Ergebnis verlassen.

##### **Identitätsstiftendes Kunstprojekt A 57**

Auf Nachfrage von Ratsherrn Neuhausen berichtet Erster Beigeordneter Maatz über den Termin mit dem Leiter des Landesbetriebs Straßen NRW in Krefeld, an dem neben der Jugend- und Kulturverwaltung auch Vertreter der Jugendfeuerwehr teilgenommen hätten. Unterstützt durch den

guten Kontakt zu Herrn Heinze vom Verkehrsministerium NRW sei das weitere Vorgehen besprochen worden. Die Prüfung der technischen Voraussetzungen hinsichtlich Statik, Standsicherheit, Witterungsbeständigkeit etc. sei bereits in Arbeit; parallel werde mit Unterstützung durch Herrn Heinze der Förderantrag gestellt und vor Ort finde der Austausch mit der Jugendfeuerwehr hinsichtlich der teambildenden Maßnahmen statt. Über den weiteren Verlauf werde im JHA und im Kulturausschuss berichtet.

Meerbusch, den 10. April 2019

---

Petra Schoppe  
Ausschussvorsitzende

---

Angela Römmler-Graf  
Schriftführer/in